

Inhalt

Inhalt/Editorial	2	
Mausclick zum Sachbearbeiter	3	
<i>Verwaltungsabläufe stärker per Internet abwickeln</i>		
Planungssicherheit für die Industrie	4	
Festakt im Landtag	4	
Ziel: Modernes Dienstrecht	5	
Koalition will Schulanfänger frühzeitig fördern	6	
Pakt für die Jugend	7	
Wort und Widerwort	8	
Mix aus Kohle und erneuerbarer Energie	9	
<i>Engagierte Debatte über Konzepte</i>		
Höher als der Kölner Dom	10	
<i>Union will anderes Vorgehen bei großen Windanlagen</i>		
Von der Kloake zum Trinkwasserlieferanten	11	
<i>Lachse kehren in Rhein zurück</i>		
„EU-Umweltstandards eins zu eins umsetzen“	12/13	
<i>Interviews mit den umweltpolitischen Sprechern der Fraktionen</i>		
Rot-Grün will Entscheidung vor der Sommerpause	14	
Nachtragshaushalt 2004	14	
Vier Fraktionen und drei Gesetze	15	
In Bratislava	15	
Modernisierung des Bildungswesens	16	
Herausragende Verdienste	16	
Im Umbau liegen auch Chancen	17	
Gütlicher Vergleich oder „fauler Kompromiss“?	17	
Aktuelles aus den Ausschüssen	18	
Verwirrtheit im Alter	19	
Erfolg an Hochschulen	19	
Neues Kfz-Zulassungsverfahren für NRW?	20	
<i>Experten uneins über mögliche Aufgabenverteilung</i>		
Ruhrfestspiele: Gespräche gehen weiter	20	
„Auch in der Opposition vieles bewirkt“	21	
Aus den Fraktionen	22	
Porträt der Woche: Barbara Steffens (GRÜNE)	23	
Gegnerischer Spielrausch		
Geburtstage und Personalien	24	

Fortschritte beim Schutz der Umwelt

„Tue Gutes und rede darüber.“ Dieses Motto, nach dem sich der amerikanische Milliardär John D. Rockefeller zeit seines Lebens gerichtet hat, klingt anrühlich, weil unbescheiden: Denn Gutes tut man am besten im Verborgenen. Der Alltag sieht aber oftmals anders aus. Wer für einen mildtätigen Zweck spendet, will für die Steuererklärung eine Spendenbescheinigung, aus der die Wohltat auf Euro und Cent hervorgeht.

Auch in der Politik ist Bescheidenheit eine Zier, aber wie heißt es ebenso schön wie richtig: „Doch weiter kommt man ohne ihr.“ Muss man auch, denn in der Politik wird mit dem Geld des Steuerzahlers gearbeitet. Der hat ein Recht darauf zu erfahren, was mit seinen Abgaben geschieht, in welche Projekte der Bildung, des Arbeitsmarktes, der Verkehrsinfrastruktur, der inneren Sicherheit von der öffentlichen Hand investiert wird.

Oder in den Umweltschutz. Unumstritten ist die Pflicht, den nachwachsenden Generationen eine Welt zu hinterlassen, in der es sich leben lässt. Nachhaltigkeit lautet das Stichwort, das Aktivitäten zum Schutz von Boden, Luft und Wasser ausgelöst hat – und darüber hinaus: So wird heute Nachhaltigkeit auch für das Finanzgebaren der öffentlichen Hand verlangt.

VERFASSUNGSRANG

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist seit fast 20 Jahren in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen verankert. Damit ist dieses Grundrecht Richtschnur des politischen Handelns des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände, wie es die Verfassung ausdrücklich bestimmt.

Mit Milliardenaufwand wurde in den letzten Jahrzehnten die Abfallbeseitigung verbessert, die Gewässerqualität angehoben, die Abgasreinigung vorangetrieben. Wir alle trennen unseren Müll, zahlen gutes Geld für die Abwasserbeseitigung und fahren, wenn wir nicht das Fahrrad benutzen, Autos mit Katalysatoren. Wir haben viel erreicht, also reden wir darüber.

Verschweigen wir nicht: Umweltschutz kostet. Moralische Verpflichtungen sind in der Regel nicht einklagbar. Aber moralisch lässt sich nichts dagegen einwenden, dass derjenige, der die Umwelt schont, dafür belohnt wird – siehe Emissionshandel. Gutes tun, darüber reden und etwas davon haben – wenn „Moral“ und Markt an einem Strick ziehen, dann lässt sich viel erreichen. **J.K.**